

Vorlage der Verwaltung	Fachbereich: Zentrale Verwaltungssteuerung	Datum: 06.09.2018	Genehmigungsvermerk
Tagesordnungspunkt 5.1	Bezeichnung der Vorlage: Anregung gemäß § 24 GO NRW (Bürgerantrag): Aufruf des Katholikenrats der Region Heinsberg zum Divestment vom 29.06.2018		Datum: 18.09.2018
Vorlage-Nr: VO/0240/18			Bürgermeister: Gez. Stock
Zu beraten im:			
Ö/N	Datum	Gremium	
Ö	09.10.2018	Rat der Stadt Wegberg	

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 29.06.2018 übersendet der Katholikenrat der Region Heinsberg den auf seiner Vollversammlung am 27.06.2018 verabschiedeten Aufruf an die Bürgermeister des Kreises Heinsberg mit der Bitte, die enthaltenen Anregungen und Anträge umzusetzen und vorhandene Investments in Unternehmen, die ihre Umsätze aus der Gewinnung und Verarbeitung von fossilen Energieträgern generieren, umzuleiten in ethisch-nachhaltige Investments.

Der Ausstieg aus fossiler Energieerzeugung ist bundespolitisches Ziel. Dies wird von der Mehrheit der im heutigen Bundestag vertretenen Parteien verfolgt und hat Niederschlag gefunden im Koalitionsvertrag der derzeitigen großen Koalition. Die Frage, die auf bundespolitischer Ebene derzeit teilweise noch kontrovers diskutiert wird, ist die Frage nach dem Zeitpunkt des Ausstiegs aus der fossilen Energieerzeugung. Während für die eine Gruppe ein möglichst sofortiger Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung prioritär ist, fokussiert die andere Gruppe die Erhaltung von Arbeitsplätzen der fossilen Energieerzeugungsindustrie und einen möglichst sanften Strukturwandel nach Beendigung.

Die Frage nach dem Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung ist somit nicht mehr eine Frage des Ob, sondern eine Frage des Wies.

Die Stadt Wegberg ist sich auf kommunaler Ebene ihrer Verantwortung zur Erreichung der bundespolitischen Ziele des Klimaschutzes bewusst. Zu diesem Thema hat der Rat ein integriertes Klimaschutzkonzept mit umfangreichen Maßnahmen zum kommunalen Klimaschutz (Handlungsfelder u.a. Energieeinsparung, CO²-Bilanzen, Mobilität, Verkehrsentwicklung, Beratung, Kommunikation, Kooperation) beschlossen.

Ein Schwerpunkt der Stadt Wegberg liegt bereits seit vielen Jahren im Bereich des Gebäudemanagements bei Maßnahmen, die der energetischen Sanierung des Gebäudebestands dienen, den CO²-Ausstoss verringern und damit den Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung unterstützen.

Die städtischen Gebäude werden sukzessive einer energetischen Sanierung sowohl ihrer Dach- und Fassadenflächen, als auch der haustechnischen Einrichtungen wie Heizungs-, Lüftungs- und Beleuchtungsanlagen unterzogen. Um die Realisierung dieser Maßnahmen zu forcieren, werden - sofern vorhanden - finanzielle Förderprogramme des Landes und des Bundes in Anspruch genommen.

Die gesamte von der Stadt Wegberg für ihre Gebäude und Anlagen benötigte Stromenergie wird seit 2013 zu 100% als Ökostrom aus regenerativen Energieträgern bezogen.

Auf Beschluss des Rates der Stadt Wegberg wurden seit 2016 im Rahmen einer Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung zusätzlich zu bereits bestehenden Anlagen insgesamt weitere neun Photovoltaikanlagen auf Dächern städtischer Gebäude errichtet. Mit ihrer Gesamtleistung von 280 kWp wird so der CO²-Ausstoß jährlich um rund 122 t CO² verringert (im Vergleich zum bundesdeutschen Strommix von 2015 bzw. 2017). Weitere sieben Photovoltaikanlagen sind für das Jahr 2020 geplant.

Da die Stadt Wegberg sich bezüglich der Abkehr von fossilen Energieerzeugungsträgern und der Hinwendung zu regenerativen Energien schon seit mehreren Jahren auf einem sehr guten Weg befindet, der auch weiterhin verfolgt werden soll, sind aus Sicht der Verwaltung zusätzliche Strategien nicht notwendig.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung empfiehlt, dass der Rat der Stadt Wegberg den Antrag des Katholikenrates der Region Heinsberg in der vorliegenden Form nicht verfolgt.

Anlage/n:

Schreiben des Katholikenrats der Region Heinsberg

Unterschrift d. federführenden
Fachbereichleiters/Dezernenten

Gez. Bertrams

Stellv. FBL ZVS

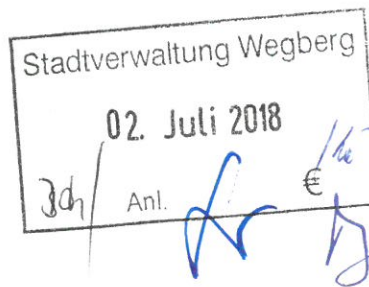
Gegenzeichnung d. beteiligten Fachbereichsleiter/Dezernenten

Gez. Kamps

Stellv.FBL 302 und
Klimaschutzbeauftragter

Gez. Schreurs

FBL 303



Rote Post



Kirche im
Bistum Aachen

Büro der Regionaldekane für die Regionen Mönchengladbach+ Heinsberg - Bettrather Str. 22 - 41061 Mönchengladbach

An den
Bürgermeister der Stadt
Herrn Michael Stock
Rathausplatz 25

41844 Wegberg

Region Heinsberg
Der Katholikenrat

Vorsitzender	Lutz Braunöhler
Telefon	02436/1943
Telefax	02436/339700
E-Mail	lutz.braunoehler@bistum-aachen.de
Wegberg	29. Juni 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

der Katholikenrat der Region Heinsberg hat auf seiner Vollversammlung am 27. Juni 2018 nach Beratung den anliegenden Aufruf an die Bürgermeister des Kreises Heinsberg und die Kirchenvorstände in der Region verabschiedet.

Ich bitte Sie, die enthaltenen Anregungen und Anträge umzusetzen und vorhandene Investments in Unternehmen, die ihre Umsätze aus der Gewinnung und Verarbeitung von fossilen Energieträgern wie Kohle, Gas oder Erdöl generieren, umzuleiten in ethisch-nachhaltige Investments.

Dazu gehören in diesem Zusammenhang auch Finanzanlagen bei Banken und Sparkassen, die selbst in solche Unternehmen investieren und daraus Erträge erwirtschaften. Geldanlagen bei derartigen Instituten sind ebenso zu behandeln und in ethisch-nachhaltige Anlagen bei anderen Instituten umzuleiten.

Letztlich gehört in diesen Zusammenhang auch die Wahl eines Stromanbieters, der elektrische Energie allein aus umweltfreundlichen und nachhaltigen Quellen zur Verfügung stellt.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns über Ihre getroffenen Maßnahmen informieren und über die Umsetzung unserer Anregungen auf dem Laufenden halten.

Mit herzlichen Grüßen

Vorsitzender des Katholikenrats der Region Heinsberg

Aufruf des Katholikenrats der Region Heinsberg zum Divestment

Divestment oder Deinvestition – der Begriff klingt verwirrend für Laien in Finanzthemen. Er meint nichts anderes als das Gegenteil von Investment. In diesem Fall haben die Investoren moralisch-ethische vor finanzielle Aspekte gestellt und sich dazu entschieden, als unethisch und nicht nachhaltig erkannte Anleihen, Aktien oder Fonds abzustoßen.

Wir fordern die Kirchenvorstände in der Region Heinsberg und die Städte und Gemeinden im Kreis Heinsberg auf, sich der „Fossil Free Bewegung“ von „350.org“ anzuschließen und

- zu überprüfen, ob Investitionen in fossile Bereiche getätigt werden,
- eventuell bestehende finanzielle Verbindungen in diese Bereiche schnellstmöglich zu beenden,
- für die Zukunft jegliche Investitionen und Geldanlagen in Gas-, Öl- und Kohle-unternehmen auszuschließen.

350.org wurde 2008 in den USA gegründet. Die Organisation hat sich zum Ziel gesetzt, eine weltweite Klimabewegung aufzubauen. 350 leitet sich von 350 ppm (Teilchen pro Million) ab – der sicheren Konzentration von Kohlendioxid in der Atmosphäre, die nicht überschritten werden darf, wenn die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreicht werden sollen. 350.org unterstützt Basiskampagnen auf der ganzen Welt: Gegen Kohlekraftwerke und Mega-Pipelines, für den Ausbau erneuerbarer Energien und für den Abzug von Geldern aus fossilen Brennstoffen.

Im Oktober 2017 und im April 2018 hat ein Zusammenschluss zahlreicher katholischer und öffentlicher Institutionen aus 11 Ländern bekannt gegeben, investierte Gelder aus Kohle-, Öl- und Gasunternehmen abzuziehen. Unter den Institutionen, die den Ausstieg aus fossilen Energieunternehmen beschlossen haben, befinden sich u.a. die Städte Bochum, Münster, Bremen, Freiburg, Stuttgart und Leipzig, die deutsche Bank für Kirche und Caritas eG und die Versicherungskonzerne Allianz und AXA.

Wir fordern die Kirchenvorstände in der Region Heinsberg und die Städte und Gemeinden im Kreis Heinsberg auf, sich diesen anzuschließen und damit ein starkes und sichtbares Signal für die Zukunft unserer Gesellschaft zu senden.

Warum ist das wichtig?

Kohle-, Öl- und Gasunternehmen treiben die Klimakrise weiter voran und behindern seit Jahrzehnten wirksame Klimaschutzmaßnahmen. Es ist Zeit, dass die katholische Kirche und die Kommunen im Kreis Heinsberg Stellung beziehen und investierte Gelder aus Unternehmen abziehen, die mit fossilen Brennstoffen wirtschaften.

Wir dürfen keine fossilen Brennstoffe mehr verbrennen, damit sich die Erde, wie von den Regierungen im Pariser Klimaschutzabkommen vereinbart, nicht um mehr als 1,5° C erwärmt. Wenn die derzeit bestehenden Kohle-, Öl- und Gasprojekte nicht frühzeitig beendet werden, werden die Temperaturen weltweit aufgrund der Emissionen um mehr als 2° C ansteigen. Das bedeutet, dass es keine neuen fossilen Brennstoffprojekte mehr geben darf und laufende Projekte schnell gestoppt werden müssen.

Auch in der Region Heinsberg wird es Zeit, dass die katholische Kirche und öffentliche Kommunen ihr Geld aus Investitionen in Unternehmen abziehen, die ihren Umsatz mit der Förderung fossiler Energieträger erzielen.

Dass Kohle, Öl und Gas ersetzt werden müssen, sagt auch Papst Franziskus:

„Wir wissen, dass die Technologie, die auf den sehr umweltschädlichen fossilen Brennstoffen – vor allem von Kohle, aber auch von Erdöl und ... Gas – basiert, fortschreitend und unverzüglich ersetzt werden muss“ (Laudato Si, 165).

Institutionen, die weiterhin in fossile Brennstoffe investieren, setzen öffentliche Gelder einem enormen finanziellen Risiko aus und unterstützen eine Branche, die aktiv Klimaschutzmaßnahmen behindert. Sie sollten stattdessen den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen unterstützen und in Technologien investieren, die eine emissionsfreie Energieversorgung ermöglichen (vgl. auch Handreichung „Ethisch-nachhaltig investieren“ der DBK und des ZdK, 2015).